

Ingrid Wehr

Esping-Andersen travels South Einige kritische Anmerkungen zur vergleichenden Wohlfahrtsregimeforschung

Zur Vernachlässigung der Länder des Südens in der vergleichenden Wohlfahrtsregimeforschung

Wohlfahrtsstaaten nehmen eine zentrale Rolle im kapitalistischen Entwicklungsprozess der Industriestaaten des Nordens ein. Einkommensniveau und -gleichheit, Armutsraten sowie die Charakteristika von Arbeitsmärkten wurden in der OECD-Welt wesentlich von wohlfahrtsstaatlichen Interventionen und Institutionen geprägt. Zugespielt ließe sich – im Anschluss an Thomas H. Marshalls Überlegungen – formulieren, dass der moderne Wohlfahrtsstaat der entscheidende „Stoßdämpfer“ war, der den Widerspruch zwischen den beiden grundlegenden, jedoch miteinander in Konflikt stehenden Logiken des Modernisierungsprozesses abfederte: Während Industriekapitalismus und marktwirtschaftlich organisierte Ökonomie zur Generierung sozialer und ökonomischer Ungleichheit beitrugen, erforderte die wachsende Demokratisierung von Staat und Politik eine formale politische und rechtliche Gleichheit bzw. Gleichstellung aller Herrschaftsunterworfenen. Die Verankerung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen zur Durchsetzung sozialer Rechte, so Marshall, löste den Konflikt zwischen den beiden gegensätzlichen Organisationsprinzipien moderner Gesellschaften zwar nicht vollständig, ermöglichte jedoch eine „Zivilisierung“ des Kapitalismus und eine Reduktion des sozialen Konfliktpotentials. Trotz der wohlfahrtsstaatlichen Einhegung der kapitalistischen Entwicklung wird das Spannungsverhältnis nicht aufgehoben. Der Konflikt zwischen der grundsätzlichen formalen Gleichheit (im rechtlichen Bereich) und der realen Ungleichheit (im sozialen und ökonomischen Bereich) ist deshalb der Normalzustand moderner Gesellschaften, der – unter Zwischenschaltung staatlicher Institutionen – beständigen Neudefinitionen bzw. -verhandlungen unterworfen ist (Marshall 1977: 92-93). Niveaus von Ungleichheit und Armut in den Industriestaaten des Nordens werden somit maßgeblich durch den modernen wohlfahrtsstaatlichen

Interventionsstaat bestimmt, auch wenn diese Interventionen im Einzelnen recht unterschiedliche Formen, Tiefe und Breite annehmen können, wie in Gøsta Esping-Andersens (1993) Klassiker „Die drei Welten des Wohlstandskapitalismus“ ausführlich dargelegt wurde. Nach Esping-Andersen unterscheiden sich Wohlfahrtsstaaten liberaler, sozialdemokratischer wie konservativ-korporatistischer Ausprägung ganz wesentlich hinsichtlich der Produzenten von Wohlfahrt (dem jeweils spezifischen Mix zwischen Markt, Staat und Familie), bezüglich des Niveaus der De-Kommodifizierung¹, der Universalität hinsichtlich des Abdeckungsgrades sozialer Leistungen sowie des Ausmaßes der Umverteilung von Einkommen und Lebenschancen (siehe Tabelle 1). Aufgrund der Kritik, die er durch die Vernachlässigung von Gender-Aspekten erfuhr, ergänzte er die vier Kriterien in nachfolgenden Publikationen noch durch die Kategorie der De-Familiarisierung, d.h. den Grad der Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit sozialer Versorgung von unbezahlter weiblicher (Haus-)Arbeit.

Tabelle 1: Esping-Andersens Typologie der drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus

Die drei Welten des (OECD-)Wohlfahrtskapitalismus nach Esping-Andersen			
	liberal	sozialdemokratisch	konservativ
Rolle von:			
Familie	marginal	marginal	zentral
Markt	zentral	marginal	marginal
Staat	marginal	zentral	subsidiär
Wohlfahrtsstaat:			
Solidaritätsmodus	individuell	universal	Verwandtschaft; Korporatismus
Solidarität vermittelt über:	Markt	Staat	Familie
Grad der De-Kommodifizierung	minimal	maximal	hoch (für männliche Lohnarbeiter)
Grad der De-Familiarisierung	mittel	hoch	niedrig
Ausmaß der Einkommensnivellierung	niedrig	hoch	mittel
Charakteristische Beispiele	USA, Neuseeland, Kanada	Schweden, Dänemark	Deutschland, Italien

Inzwischen hat sich auch gezeigt, dass die drei Wohlfahrtsregimetypen hinsichtlich ihrer Anpassungsstrategien an die Herausforderungen zunehmend

globalisierter Waren- wie Finanzmärkte erheblich variieren (Scharpf 2000; Schmidt 2001).

Während die Untersuchung von Wohlfahrtsregimen² in der OECD-Welt ein fest etabliertes Forschungsfeld ist, wird wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen in den Ländern bzw. Regionen des Südens bisher wenig Aufmerksamkeit gewidmet.³ Es gibt nur wenige systematisch und transregional vergleichende Studien zum Einfluss ökonomischer und politischer Faktoren auf die unterschiedlichen Varianten von Wohlfahrtsstaaten bzw. Wohlfahrtsregimen in den Ländern des Südens.⁴ Dies ist nicht zuletzt der verengten Perspektive des *Mainstream* zuzuschreiben (eine Ausnahme bilden Betz & Hein 2004; Croissant u.a. 2004), der durch die exklusive Fokussierung auf die Entwicklungen innerhalb der OECD-Welt lange Zeit übersah, dass auch Staaten auf niedrigerem Entwicklungsstand durch sozialpolitische Maßnahmen zur Risikoabsicherung der Bevölkerung oder aber durch Investitionen in Gesundheit und Bildung zur Humankapitalbildung und zum Abbau von Einkommensunterschieden beizutragen suchen (kritisch hierzu Jäger u.a. 2000).

Die Vernachlässigung von Ländern des Südens in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung ist insbesondere unverständlich, da eine beträchtliche Anzahl von *middle income countries* über Wohlfahrtssysteme verfügen, die zwischen den beiden Weltkriegen bzw. kurz nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, d.h. zeitgleich bzw. in einigen Fällen sogar vor den USA und den europäischen Staaten. Dies gilt insbesondere für einige lateinamerikanische Staaten (Brasilien, Chile, Uruguay, Kuba und Argentinien), in denen einzelne sozialpolitische Leistungen wie etwa die Gesundheitsvorsorge, Mutterschutz, Familienbeihilfen sowie Arbeitslosenversicherungen bereits in den 1920er Jahren eingeführt wurden. Die Sozialausgaben Argentinien, Brasiliens, Chiles, Uruguays und Costa Ricas machen heute etwa 13,5 % bis 17 % des BIP bzw. 42-63 % der gesamten öffentlichen Ausgaben aus. In Uruguay liegen sie damit ungefähr auf dem Niveau Norwegens, in Costa Rica auf dem der Schweiz (Segura-Ubiergo 2007: 15).⁵

Der eurozentristische *Bias* führte nicht nur zu Forschungslücken hinsichtlich der Analyse der Auswirkungen der verstärkten Integration von Ländern des Südens in die internationalen Waren- und Kapitalmärkte im Kontext der heutigen Globalisierungswelle, sondern auch bezüglich der Faktoren, die die Genese und Fortentwicklung unterschiedlicher Typen von Wohlfahrtsregimen in diesen Staaten bedingen. Während spätestens seit Esping-Andersens bahnbrechendem Werk zu den drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus differenziert über unterschiedliche Typen von Wohlfahrtsregimen in Industrieländern diskutiert wurde, ging man in der

vergleichenden internationalen Ökonomie und der internationalen politischen Ökonomie lange Zeit davon aus, dass weniger entwickelte Länder einander mehr oder minder ähnelten, oder aber davon, dass sie von derartig großen sozio-ökonomischen Unterschieden geprägt seien, dass Vergleiche grundsätzlich unmöglich seien. Modernisierungstheoretische bzw. postmoderne Ansätze in den Sozialwissenschaften argumentierten ähnlich undifferenziert (kritisch hierzu Gough & Wood 2006: 1697; Rudra 2007). Erst in jüngster Zeit gab es einige Versuche, Esping-Andersens Typologie auch für die Analyse unterschiedlicher Wohlfahrtsregime in den Ländern des Südens fruchtbar zu machen.

Der Beitrag arbeitet zunächst kritisch den Stand der Wohlfahrtsregimeforschung zu Ländern des Südens auf und weist insbesondere auf die Grenzen der Übertragbarkeit europäischer Modelle hin. Trotz aller Bemühungen, die vergleichende Wohlfahrtsregimeforschung zu dezentrieren, erschöpfen sich die Analysen im Allgemeinen in dem Versuch, Variationen zu Esping-Andersens drei Welten des „Wohlfahrtskapitalismus“ zu entwickeln. Zentrale Aspekte der politischen Reproduktion sozialer Ungleichheit sowie zugrunde liegende Macht- und Herrschaftsaspekte in postkolonialen Staaten blieben in diesem Kontext bisher weitgehend ausgeblendet. Mit Blick auf die zentralen Charakteristika exklusiver wie fragmentierter Wohlfahrtsregime in Lateinamerika wird abschließend argumentiert, dass eine Neu-Fokussierung der Forschungsagenda auf die zentrale Umverteilungsfrage dringend notwendig ist, sowie eine Intensivierung des Dialogs zwischen Wohlfahrtsregime- und Demokratisierungsforschung angeregt.

Esping-Andersen travels South: Die Proliferation der Typologien

Obwohl (wohlfahrts-)staatliche Entwicklungsprozesse in Ländern des Südens unter ganz anderen Rahmenbedingungen als in der OECD-Welt stattfinden, orientierten sich erste Versuche, Wohlfahrtsregime außerhalb Europas und Nordamerikas differenziert zu beschreiben, vorrangig an Esping-Andersens Typologie sowie Unterscheidungskriterien (vgl. Tabelle 1), die es nun an postkoloniale Kontexte anzupassen galt. Hierzu bedurfte es nach Meinung zahlreicher Autoren insbesondere eines kritischen Umgangs mit dem zentralen Begriff der De-Kommodifizierung.

Die Beschäftigung mit Ländern des Südens ist somit ein sehr junger Forschungszweig. Zentral waren insbesondere die von Ian Gough und Geof Wood (2006, 2004) entwickelten Überlegungen zu den Grenzen der Übertragbarkeit westlicher Wohlfahrtsstaatsmodelle auf die Länder des

Südens sowie deren alternative Typologisierung von Wohlfahrtsregimen in *welfare state regimes*, *informal security* und *insecurity regimes*. Wo staatliche Steuerungsfähigkeit praktisch nicht gegeben ist und Arbeitsmärkte nicht in der Lage sind, große Teile der potenziellen Arbeitskraft zu absorbieren, so Gough & Wood (2006, 2004), ist die Risikoabsicherung durch öffentliche Politik oder Märkte prekär. Familienbeziehungen und informellen Netzwerken kommt daher eine wesentlich höhere Bedeutung bei der sozialen Absicherung zu, als dies in der OECD-Welt der Fall ist. In den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas herrschen nach Auffassung der Autoren weitgehend informelle Wohlfahrtsregime vor, in denen die öffentliche Sozialpolitik nur eine untergeordnete Rolle spielt, während Familie und soziale Gemeinschaft grundlegende Schutzfunktionen übernehmen, die Märkte und Staat nur unzureichend wahrnehmen. Angesichts der vorherrschenden Informalität der Arbeitsmärkte und der damit einhergehenden Informalität sozialer Absicherung dürfe sich die vergleichende Forschung nicht alleine auf den Aspekt der De-Kommodifizierung konzentrieren, sondern müsse stärker auch das Niveau der De-Klientelisierung in ihre Analysen einbeziehen. Anders als in den OECD-Staaten spielten zudem internationale Faktoren (Migration, die Abhängigkeit von *remittances* oder aber auch von Entwicklungshilfegeldern) eine zentrale Rolle.

Nita Rudra (2007) kritisiert ihrerseits, Esping-Andersens Fokus auf die De-Kommodifizierung der Erwerbstätigen verkenne, dass in zahlreichen Ländern des Südens eine Kommodifizierung noch ausstehe, da aufgrund der hohen Informalität ein Großteil der potenziellen Arbeitskraft aus den formalen Arbeitsmärkten ausgeschlossen bleibe. Im Gegensatz zu den OECD-Ländern, die sich darauf konzentrieren können, die Folgen der Proletarisierung durch dekommodifizierende Maßnahmen abzufedern, stünden zahlreiche Entwicklungsländer in der derzeitigen Globalisierungswelle vor der doppelten Aufgabe, die bereits in den formalen Arbeitsmarkt integrierten Arbeiter vor den negativen Auswirkungen der wachsenden Weltmarktintegration zu schützen und gleichzeitig für eine wachsende Expansion der formalen Arbeitsmärkte zu sorgen. Obwohl die Regierungen in den Ländern des Südens starkem Druck ausgesetzt seien, die Arbeitsmärkte auszudehnen, entschieden sich einige Länder dafür, dekommodifizierenden Aufgaben größere Priorität einzuräumen als kommodifizierenden. Wohlfahrtsregime in Entwicklungsländern lassen sich Rudra zufolge in *productivist* bzw. *protectionist regimes* typologisieren, je nachdem, ob sie eher den Zugang zum Markt garantieren oder aber Schutz vor dem Markt gewährleisten.

Jeremy Seekings (2008) entwickelte, ebenfalls in Anlehnung an Esping-Andersen, drei alternative Welten von Wohlfahrtsregimen im Süden, die er

workerist, *pauperist* und *agrarian* nennt. Ausgehend von der Art der Begründung sozialpolitischer Ansprüche (soziale Rechte versus Beschäftigungsverhältnis) unterscheidet Seekings zwischen den beiden ersten Kategorien, die er wiederum von einem dritten Weg abgrenzt, der insbesondere in Afrika und Asien weite Verbreitung finde. Agrarische Wohlfahrtsregime versuchen nicht über die klassischen wohlfahrtsstaatlichen Instrumente bzw. Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt in die Einkommensstrukturen einzugreifen, sondern über Landreformen, die breiten Bevölkerungsgruppen Zugang zu Land garantieren, sowie über staatliche Unterstützungsmaßnahmen für Kleinbauern.

Tabelle 2: Typologie von Wohlfahrtsregimen des Südens nach Jeremy Seekings

	Agrarian	Workerist	Pauperist
Fokus	Bauern	Arbeiter	Arme
Anreiz	soziale Stabilität	konfliktarme Arbeitsbeziehungen	soziale Stabilität, Wahlerfolge
Ziel	Entwicklung	Abbau von Einkommensungleichheit	Armutsreduzierung
Rolle			
Familie	zentral	marginal	marginal
Beschäftigung	marginal	zentral	marginal
Staat	variiert	variiert	zentral
Wohlfahrtsstaat			
dominanter Modus der Solidarität	Verwandtschaft	individuell oder korporativ (über Beschäftigung)	universal
dominanter Bereich der Solidarität	Familie	Markt oder Staat	Staat
Grad der De-Kommodifizierung	variiert	minimal	maximal
Grad der De-Familiarisierung	niedrig	variiert	mittel bis hoch
Ausmaß der Einkommensnivellierung	variiert	niedrig	mittel bis hoch

Quelle: Seekings 2008: 27.

Kritisch anzumerken ist, dass die einzelnen Typen analytisch nicht immer klar voneinander abgegrenzt sind und dass wirtschaftliche Entwicklungsmodelle zwar als wesentliche Einflussfaktoren auf die Entwicklung unter-

schiedlicher Typen von Wohlfahrtsregimen in Ländern des Südens benannt, jedoch nicht systematisch in die Überlegungen einbezogen werden. Einige jüngere Arbeiten der vergleichenden Wohlfahrtsregimeforschung haben jedoch ganz explizit auf die zentrale Bedeutung wirtschaftlicher Entwicklungsmodelle (*timing* und *sequencing* der Weltmarkteinbindung sowie Grad der Öffnung gegenüber den Waren- und Finanzmärkten) für die Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme hingewiesen. Anders als in Europa, wo die verstärkte Weltmarktintegration mit staatlichen Kompensationsleistungen in Form von Sozialversicherungen einherging, korreliert die Ausbreitung von Sozialversicherungsnetzen in Ländern des Südens eher mit Strategien der Weltmarktabschottung. Einführung und Ausbau von Sozialversicherungen fand außerhalb der OECD-Welt zumeist im Kontext der importsubstituierenden Industrialisierung statt, während Länder, die auf Weltmarktöffnung setzten – so etwa die ostasiatischen Staaten – eher minimale Sicherungsnetze ausbildeten, bzw. selektiv in (Aus-)Bildung investierten.⁶

Stephen Haggard und Robert Kaufman (2008) kommt das Verdienst zu, anhand eines systematischen, historischen sowie interregionalen Vergleichs (Ostasien, Osteuropa und Lateinamerika) von 20 *middle income countries* für den Untersuchungszeitraum zwischen 1945–2005 regionale Besonderheiten in der Herausbildung und Transformation von Wohlfahrtsregimen aufzuzeigen. Zur Erklärung der Genese sowie Weiterentwicklung der unterschiedlichen Wohlfahrtsregime in den drei Regionen ziehen die beiden Autoren sowohl ökonomische (Art und Weise der Weltmarktintegration; vorherrschendes Entwicklungsparadigma) als auch politischen Faktoren heran (Stärke von linken Parteien und Gewerkschaften, Verbindungen zwischen dem urbanen und ländlichen Bereich). Gleichzeitig weisen sie jedoch auch auf die herausragende Bedeutung des unterschiedlichen sozialpolitischen Erbes hin, das die Handlungsmöglichkeiten der relevanten Akteure wesentlich mitbestimmt (Haggard & Kaufman 2008: 346). Sie kommen in ihrer Studie zu dem Ergebnis, dass ökonomische Öffnung und verstärkte Weltmarkteinbindung nicht unbedingt negative Auswirkungen auf die Sozialausgaben in Ländern der Peripherie zeitigen. Sowohl in Lateinamerika wie auch in Osteuropa scheiterte der massive Abbau von Sozialleistungen am entschiedenen Widerstand der *stakeholders* (ebd.: Kap. 7 u. 8). In den ostasiatischen Fallbeispielen, die sich bis zu den 1980er Jahren durch eher minimalistische Wohlfahrtsregime auszeichneten, kam es in den letzten Jahrzehnten trotz relativ offener Ökonomien und relativ schwacher Linksparteien sowie Gewerkschaften zu einer massiven Ausdehnung von sozialen Ansprüchen und nennenswerten Investitionen vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich (ebd.: Kap. 6). Angesichts der weitgehenden

Abwesenheit von privilegierten Leistungsempfängern setzten die politischen Machthaber auf eine allmähliche Ausweitung sozialpolitischer Maßnahmen auf die breite Masse der Bevölkerung, teilweise auch, um den Forderungen nach einer raschen Demokratisierung entgegenzusteuern.

Defizite und blinde Flecken der vergleichenden Forschung zu Wohlfahrtsregimen in Ländern des Südens

Der gegenwärtigen Forschung zu Wohlfahrtsstaaten in Ländern des Südens kommt zweifellos das Verdienst zu, mit dem liberalen Modernisierungsmantra gebrochen (zusammenfassend Rudra 2007: 378-380) und zu einer differenzierteren Sichtweise auf die unterschiedlichen Typen von Wohlfahrtsregimen außerhalb der OECD-Welt beigetragen zu haben. Die starke Ausrichtung der Forschung auf die Generierung neuer Typologien sowie die Fokussierung auf das Konzept der De-Kommodifizierung verstellten jedoch den Blick auf einige grundlegende Probleme der Beschäftigung mit (wohlfahrts-)staatlichen Entwicklungen in postkolonialen Kontexten: 1) die mangelnde De-Zentrierung sowie theoretische Reflektion über den Begriff der peripheren bzw. postkolonialen Staatlichkeit, der angesichts der zunehmenden Konzentration auf Wohlfahrtsregime in den Hintergrund rückte, 2) die besonderen Probleme, die sich aus der Einbettung von Verteilungskonflikten in wenig gefestigte politische Institutionen ergeben sowie 3) die grundlegende Frage der Umverteilung, die im Kontext der neoliberalen Strukturreformen weitgehend an Bedeutung verlor, da sich das Forschungsinteresse stärker auf Fragen der Armutsbekämpfung konzentrierte.

Zum Begriff peripherer bzw. postkolonialer Staatlichkeit

Von wenigen Ausnahmen abgesehen (Haggard & Kaufman 2008) krankt die vergleichende Wohlfahrtsregime-Forschung nach wie vor an der mangelnden „De-Zentrierung“ der Forschungsagenda. So weisen Gough & Wood (2006) zwar darauf hin, dass die vergleichende Analyse von Wohlfahrtsregimen sensibel mit der unterschiedlichen Geschichte von Ländergruppen umgehen müsse:

„Jegliche vergleichende Analyse muss sensibel mit den geschichtlichen Unterschieden zwischen den verschiedenen Staatsgruppen, die von der Kolonialzeit geprägt wurden, sowie mit den hieraus resultierenden Differenzen bezüglich der Herausbildung und der Funktionen öffentlicher Institutionen umgehen“ (Gough & Wood 2006: 1697).

Die selbst gesteckten Vorgaben können sie dann aber nicht wirklich umsetzen (kritisch hierzu Martínez 2008). Haggard & Kaufmann (2008) nehmen historische Erfahrungen ernst, konzentrieren sich aber weniger auf die langfristigen Legate⁷ denn auf mittelfristige Prozesse des *institution building* im Kontext ökonomischer Umbruchsituationen. Die meisten Studien zu Wohlfahrtsregimen in der Peripherie betonen zwar regelmäßig historische Unterschiede, reflektieren jedoch kaum systematisch darüber, welche Konsequenzen sich aus der kolonialen Erfahrung, der Art und dem *timing* der Weltmarktintegration eigentlich ergeben. Die Bedeutung von *path dependency* wird zwar regelmäßig herausgestellt, die Legate kolonialer Herrschaft für die postkoloniale Staatsbildung, welche die Chancen und Hindernisse wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung wesentlich mitprägen, werden jedoch selten ernsthaft in die Überlegungen einbezogen. Lässt sich die Durchsetzung des europäischen demokratischen Wohlfahrtsstaates als ein ebenso gewalttätiger wie erfolgreicher Appropriations- und Expropriationsprozess mit anschließender Vergesellschaftung der so entstandenen Gewalt- und Extraktionsmonopole interpretieren, ging der Staatsbildungsprozess in postkolonialen Kontexten ganz andere Wege.⁸ Das wechselseitige Hochschaukeln von Ressourcenextraktion und Erzwingungsapparat – von Samuel Finer (1997) als *coercion-extraction-cycle* auf den Punkt gebracht – fand in dieser Form in anderen Teilen der Welt nicht statt. Wie Polanyi (1944) und Rosanvallon (2004) herausarbeiteten, lässt sich der moderne europäische Wohlfahrtsstaat nicht ohne die Turbulenzen der Globalisierungswelle des 19. Jahrhunderts und die traumatischen Erfahrungen zweier Weltkriege erklären. In den Ländern des Südens wurde die Appropriation von Gewalt- und Steuermonopol zumeist ebenso wenig vollständig durchgeführt wie die anschließende „Expropriation des Expropriateurs der politischen Mittel“ (Weber [1919]/2005: 166). Dies sollte jedoch nicht zu der Annahme verleiten, Staatlichkeit in den Ländern des Südens pauschal als defizitär zu bezeichnen, ohne genau zu spezifizieren, ob sich diese angeblichen Defizite nun auf die geringe Autonomie gegenüber einflussreichen Interessengruppen oder aber auf die mangelnde Zentralisierung, d.h. die unzulängliche Durchsetzung des Gewalt- und des Extraktionsmonopols bezieht. Wenig Beachtung findet auch die Art der Einbettung (*embeddedness*) des Staates (Evans 1995) in ein konkretes Set von gesellschaftlichen Beziehungen bzw. die Frage, welche institutionalisierten Kanäle für kontinuierliche Verhandlungen zwischen Staat und (Zivil-)Gesellschaft bestehen. Ein wesentliches Desiderat der vergleichenden Forschung zu Wohlfahrtsregimen besteht also in der eingehenderen und kritischen Auseinandersetzung mit Konzepten „peripherer“ oder „semi-peripherer“ Staatlichkeit (Wallerstein 1979), wobei

insbesondere dem Steuerstaat sowie der historischen Entwicklung von *fiscal contracts* größere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte (Bräutigam u.a. 2008; Lieberman 2003).

Verteilungskonflikte im Kontext nicht konsolidierter politischer Institutionen

Auch wird die Tatsache übersehen, dass wohlfahrtsstaatliche Entwicklungs- und Reformprozesse nicht grundsätzlich im Rahmen etablierter politischer Institutionen mit relativ stabilen Spielregeln stattfinden. In jungen, noch nicht konsolidierten Demokratien bzw. im Kontext von Demokratisierungsprozessen gestalten sich Verteilungskonflikte wesentlich komplizierter als in etablierten Demokratien, da sie sich angesichts ungefestigter politischer Institutionen mit Koordinationsproblemen überlagern und wechselseitig verstärken können (Faust 2006; Muno 2005). Von wenigen Ausnahmen abgesehen⁹ wurden Verteilungskonflikte, die sich aus wohlfahrtsstaatlichen Reformen im Zuge von Demokratisierungsprozessen ergeben, bisher nicht umfassend erforscht.

Zur Umverteilungsproblematik

Ein weiterer blinder Fleck ergibt sich aus der Vernachlässigung der Umverteilungsfunktion von Wohlfahrtsregimen. Angesichts der verheerenden Auswirkungen wachsender ökonomischer Volatilität auf einen Großteil der Bevölkerung in den Ländern des Südens konzentrierte sich die vergleichende Forschung zu Wohlfahrtsregimen in den letzten Jahren insbesondere auf den Versicherungsaspekt. Im Zentrum der Untersuchungen standen insbesondere Strategien der Absicherung gegen Armutsrisiken, in denen häufig nicht-staatlichen Akteuren eine ebenso zentrale Rolle wie staatlichen Institutionen zukommt (Gough & Wood 2004, 2006; Marcel & Rivera 2008: 168). Zunächst als Abfederung gegen die „Kollateralschäden“ neoliberaler Reformpakete gedacht, haben sich zielgerichtete Programme der Armutsbekämpfung (*Conditional Cash Transfer Programs*, CCTs) inzwischen zu einem wesentlichen Bestandteil der sozialpolitischen Agenda in Ländern des Südens entwickelt. Auch wenn CCTs sicherlich den Vorteil bieten, dass sie relativ kostengünstig und treffsicher zur Aufstockung des Einkommens der unteren Einkommensschichten beitragen¹⁰, so verstellt die einseitige Konzentration auf Strategien der Armutsbekämpfung in Politik wie Forschung den Blick auf die zentrale Bedeutung der Umverteilungsfrage.

Auch in der sicherlich fruchtbaren Debatte um *protectionist* versus *productivist welfare regimes* blieb diese Problematik weitgehend ausgeblendet.¹¹ Wohlfahrtsregime besitzen jedoch nicht nur die Aufgabe der Risikoabsicherung über verschiedene Lebenszyklen, sondern ebenfalls, wie eingangs unter Rückgriff auf Marshall (1977) betont wurde, eine gesamtgesellschaftliche „Bändigungs“- bzw. Umverteilungsfunktion. Durch die einseitige Konzentration auf den Versicherungsaspekt und damit zusammenhängende Umverteilungseffekte bezogen auf den Lebenszyklus, wird die bedeutsame Dimension der Umverteilung von Einkommen, Vermögen sowie Lebenschancen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen vernachlässigt. Nimmt diese Frage in der Forschung zu etablierten Wohlfahrtsstaaten einen zentralen Raum ein, so blieb sie im Kontext von Entwicklungsökonomien bisher stark unterbelichtet. Angesichts des vorherrschenden neoliberalen Dogmatismus verschwand die Problematik sozialer Ungleichheit stillschweigend von der Forschungsagenda, man konzentrierte sich lange Zeit eher auf Untersuchungen des Zusammenhangs zwischen Wachstum und Verteilung (Karl 2003). Während die Ungleichheitsdebatte inzwischen einen ungeahnten Aufschwung erfahren hat¹², ist die damit verbundene Diskussion über Umverteilung und sozialen Ausgleich noch nicht vollständig auf der Forschungsagenda zu peripheren Wohlfahrtsregimen angekommen. Dies gilt auch für die vergleichende Wohlfahrtsregimeforschung in Lateinamerika, obwohl die Umverteilungsfrage angesichts der eklatanten sozialen Ungleichheit in der Region eigentlich Priorität genießen müsste.

Exklusive und fragmentierte Wohlfahrtsregime in Lateinamerika oder Bismarck at its worst

Auch in Lateinamerika erfuhr die lange vernachlässigte Forschung zu Wohlfahrtsregimen (eine Ausnahme bildete Mesa-Lago 1978) in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung, der sich insbesondere in einem regelrechten Boom bei der Erstellung von Wohlfahrtsregime-Typologien niederschlug.¹³ Die kritischen Weiterentwicklungen Esping-Andersens durch Gough & Wood (2004, 2006) und Rudra (2007) wurden mit z.T. erheblichen Innovationsleistungen auf den lateinamerikanischen Kontext übertragen. So gelang es etwa Juliana Martínez Franzoni (2008), die bisher üblichen Kommodifizierungs- und De-Kommodifizierungsindizes durch De-Familiarisierungsindikatoren gendersensibel „aufzurüsten“.¹⁴

Trotz der eklatant hohen sozialen Ungleichheit, die die Länder Lateinamerikas von anderen Entwicklungsregionen der Welt – mit Ausnahme des subsaharischen Afrika – unterscheidet¹⁵, wurde die Umverteilungsproblematik

bisher lediglich am Rande behandelt. Auch wenn die Länder der Region erhebliche Unterschiede bezüglich des ökonomischen Entwicklungsstandes sowie – damit zusammenhängend – der Höhe der Sozialausgaben aufweisen, gibt es einige Charakteristika, die die unterschiedlichen Typen von Wohlfahrtsregimen teilen.¹⁶ Einig ist man sich insbesondere in der Einschätzung, dass der „fragmentierte“ bzw. „truncated“ Wohlfahrtsstaat – auch in seiner am stärksten entwickelten Variante – bezüglich seiner zentralen Funktion versage, zum sozialen Ausgleich beizutragen. Während Industrieländer marktgenerierte Einkommensungleichheiten entscheidend durch Steuern und Transferleistungen abzuschwächen vermögen¹⁷, gelingt dies in Lateinamerika nur in sehr geringem Maße. Die Kluft zwischen den hohen und niedrigen Einkommen wird durchschnittlich lediglich um 1,5 % reduziert, im Falle Perus nimmt sie sogar zu (Goñi u.a. 2008: 8).

Die Ursachen hierfür sind hinlänglich bekannt: Gemessen am ökonomischen Entwicklungsstand ist der lateinamerikanische Staat ein fiskalischer Zwerg, der seine Mittel zudem extrem regressiv verteilt.

Tabelle 3: Steuereinnahmen und Sozialeinnahmen im interregionalen Vergleich

	Steuereinnahmen % BIP	Sozialausgaben % BIP
Osteuropa	35,7	20,4
OECD	32,5	18,9
Lateinamerika	17,2	8,0
Ostasien	20,4	4,7

Quelle: Segura-Ubiergo 2007: 85.

Dies liegt einerseits an der engen Steuerbasis, zum anderen aber an der Struktur der Steuern. Zwar haben sich die Steuereinnahmen in letzter Zeit erhöht (um ca. 2-3 % BIP), die Zunahmen konzentrieren sich aber zum größten Teil auf die Mehrwertsteuer, die arme Bevölkerungsteile überproportional stark belastet. Trotz der Mehreinnahmen sind die durchschnittlichen Steuersätze aber immer noch sehr stark unter dem internationalen Niveau angesiedelt. Die nominalen Sätze für Einkommens- wie Körperschaftssteuer sind ausnehmend niedrig; lediglich die Mehrwertsteuer liegt im internationalen Durchschnitt (Cetrángolo & Gómez-Sabaini 2007; Lora 2008: 99-101).¹⁸ Denn den lateinamerikanischen Staaten ist es nicht gelungen, die zentralen Vermögenseliten zu besteuern.¹⁹

Tabelle 4: Steuersysteme im regionalen Vergleich

Region	Individuelle Steuer	Körperschaftssteuer	Mehrwertsteuer
Ostasien/Pazifik	33,50	31,5	10,0
Lateinamerika & Karibik	29,0	26,6	15,0
Mittlerer Osten & Nordafrika	48,0	40,0	17,0
OECD	45,0	35,0	17,25
Südasien	39,50	41,0	15,0
Subsaharisches Afrika	38,0	36,0	17,50

Quelle: Goñi u.a. 2008: 11.

Zusätzlich geschwächt wird die Steuerbasis durch massive Steuerhinterziehungen, die das Ausmaß eines „Volkssportes“ annehmen. Die CEPAL verfügt über keine exakten Daten, nach Schätzungen liegt die Quote jedoch zwischen 50 % bei der Einkommens-, ca. 30 % bei der Mehrwertsteuer sowie ca. 40 % für die Körperschaftssteuer (Goñi u.a. 2008: 12).

Trotz der eklatanten Unterbesteuerung der Eliten sind die Sozialausgaben Lateinamerikas im Vergleich zu anderen Ländern des Südens jedoch keineswegs niedrig. Pro Kopf entsprechen sie in etwa dem Niveau, das man in der vergleichenden quantitativ ausgerichteten Forschung angesichts des Entwicklungsstandes der Länder (gemessen am BIP) auch erwarten würde (Milanovic & Muñoz 2008: 34-35). Die Kosten hierfür werden jedoch nicht proportional von den unterschiedlichen Einkommensgruppen getragen, da sich die Besitzeliten regelmäßig ihren finanziellen Verpflichtungen entziehen. Gleichzeitig profitieren Besserverdienende jedoch überproportional von sozialen Leistungen. Wie die neueste CEPAL-Studie zu sozialer Ungleichheit kritisch anmerkt, haben öffentliche Ausgaben in Lateinamerika keinen spürbaren ausgleichenden Effekt und tragen nicht zu einer Reduzierung der extremen Einkommensungleichheit bei (ECLAC 2008: 30).

Die hartnäckige Persistenz der extrem hohen Ungleichheit erklärt sich somit nicht alleine aus den geringen steuerlichen Einnahmen oder dem niedrigen Volumen der Sozialausgaben, sondern aus den Mechanismen eines regressiven *targeting*, das obere Einkommensschichten bevorzugt. Erhält in Europa jedes Quintil ca. 20% der Sozialausgaben, konzentrieren sich in Lateinamerika ca. 70 % der Transferleistungen auf die oberen beiden Ein-

kommensquintile, im stark regressiven Rentensektor sind es sogar 80 %.²⁰ Angesichts der Tatsache, dass lediglich Beschäftigte im formellen Sektor in die beitragsabhängigen Sozialversicherungssysteme einzahlen, fällt insbesondere der ärmste und am wenigsten geschützte Teil der Bevölkerung (informeller Sektor, nicht erwerbstätige Frauen, indigene Bevölkerung und in der Landwirtschaft Beschäftigte) aus den sozialen Sicherungssystemen heraus (Goñi u.a. 2008: 19-21). Selbst Costa Rica, das zu den *best performers* gehört, verteilt lediglich 12 % seiner Sozialausgaben an das untere Einkommensquintil, während 45 % an die 20 % der Topverdiener gehen. In Brasilien und Uruguay, beides Länder mit langer wohlfahrtsstaatlicher Tradition, erhält das obere Einkommensquintil ca. 50 % der Transferleistungen. Noch drastischer gestaltet sich die Verteilung der Sozialausgaben in den schlecht etablierten Sozialstaaten wie etwa Kolumbien, wo 80 % der Ausgaben ans obere Einkommensquintil gehen (ECLAC 2005: 144-146). Lediglich im Bereich der Primarschulbildung sowie hinsichtlich nicht beitragspflichtiger CCTs (*Progresas* in Mexiko, *Bolsa Familia* in Brasilien und *Chile Solidario*) lassen sich einige Erfolge verzeichnen.²¹ Allerdings ist das Finanzvolumen in diesen beiden *Policy*-Bereichen zu gering, um zu einer nennenswerten Reduzierung der eklatanten Einkommensungleichheiten beizutragen. Die Umverteilungswirkung von Ausgaben im Bildungsbereich wird zudem nicht allein von ihrem Umfang, sondern insbesondere von der Verteilung auf die verschiedenen Bildungsstufen bestimmt.²²

In der Fehleranalyse ist man sich somit einig: Lateinamerikanische Wohlfahrtsregime sind zwar relativ „tief“, dies aber auf einer extrem engen Basis. Ein Großteil der im internationalen Vergleich relativ breit gefächerten und gut finanzierten Leistungen kommt lediglich einer extrem kleinen Anzahl von Begünstigten zugute: den *original stakeholders*, die im Zuge der importsubstituierenden Industrialisierung großzügige wohlfahrtsstaatliche Leistungen erhielten. Diese Gruppen verteidigten ihre Wohlfahrtsprivilegien auch angesichts der veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen der 1980er Jahre relativ erfolgreich (Haggard & Kaufman 2008). Eine „massification of privilege“ (Mesa-Lago 1978: 15-16) blieb bisher in der dritten Demokratisierungswelle aus.

Lateinamerikanische Wohlfahrtsregime weisen somit einige Ähnlichkeiten mit dem Bismarck'schen Modell (Barrientos 2004) auf, verstärken jedoch angesichts stark segmentierter Arbeitsmärkte dessen Tendenz, Status- und Machtunterschiede zu reproduzieren bzw. sogar zu vertiefen. Ein Großteil der Staaten etablierte im Zuge der Entwicklungsstrategie der importsubstituierenden Industrialisierung bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts staatlich geförderte, an (männliche) Lohnarbeit sowie

formale Arbeitsverträge gebundene Sozialversicherungssysteme. Angesichts stark segmentierter Arbeitsmärkte und der hohen Informalität der Beschäftigungsverhältnisse kamen und kommen diese Leistungen jedoch nur einer sehr schmalen Schicht von Anspruchsprivilegierten (Arbeiter in Schlüsselsektoren, öffentliche Angestellte, Militärs) zugute. Im Gegensatz zu den europäischen Wohlfahrtsregimen fiel in Lateinamerika ein Großteil der Armen von vorneherein durch das sozialen Sicherungsnetz, musste aber gleichzeitig über indirekte Steuern und die Weitergabe dieser Kosten über die Verbraucherpreisen die finanzielle Verantwortung für eine exklusive Schicht der Begünstigten übernehmen (Huber 1996: 143-146).

Gerade in diesem Kontext zeigt sich sehr deutlich, dass Wohlfahrtsregime nicht nur mittels staatlicher Interventionen Ungleichheitsstrukturen zu korrigieren versuchen, sondern auch aktiv an der Gestaltung sozialer Beziehungen beteiligt sind:

„Der Wohlfahrtsstaat mag zwar Dienstleistungen zur Verfügung stellen und Einkommenssicherheit garantieren, er ist und war aber immer auch ein System sozialer Stratifizierung. Wohlfahrtsstaaten sind Schlüsselinstitutionen bei der Strukturierung der Klassenbeziehungen und sozialen Ordnung. Die organisatorischen Charakteristika des Wohlfahrtsstaates tragen maßgeblich zur Artikulation von sozialer Solidarität, Klassenunterschieden sowie Statusdifferenzierungen bei“ (Esping-Andersen 1993: 55).

In Gesellschaften, die durch extreme Ungleichheit geprägt sind, kann staatliche Sozialpolitik somit auch de facto zur Reproduktion dieser Verhältnisse beitragen.

Pointiert lässt sich dies so zusammenfassen: Lateinamerika leistet sich – gemessen an den Sozialausgaben – relativ teure Wohlfahrtsregime, die jedoch keinerlei ausgleichende Wirkung besitzen, sondern – im Gegenteil – zur effizienten Reproduktion der sozialen Ungleichheit beitragen.

Trotz fast dreier Dekaden demokratischer Erfahrungen hat sich bisher erstaunlich wenig an den zentralen Charakteristika lateinamerikanischer Wohlfahrtsregime geändert. Entgegen der Annahmen politökonomischer Ansätze, die auf einfachen *standard median voter models* beruhen²³, hat die massive Ausweitung des Wahlrechts auf eine durchgehend sehr arme Wählermehrheit in Lateinamerika bisher nicht zu einem Abbau der eklatanten Einkommensungleichheiten bzw. zu Veränderungen der extrem hohen sozialen Ungleichheiten in anderen Bereichen (wie etwa im Bildungssystem) geführt. War die allmähliche Ausdehnung des Wahlrechts in Westeuropa im Laufe des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit signifikanten Umverteilungsprozessen verbunden²⁴, so lässt sich diese Kopplung für die gegenwärtige Demokratisierungswelle in Lateinamerika – bisher – nicht

feststellen. Die Redemokratisierungsphase seit den 1980er Jahren hat weder zu einer höheren Steuerprogressivität geführt (Menaldo 2008) noch zu nennenswert erhöhten Sozialausgaben, lediglich zu einer Verlagerung der Ausgabenprioritäten auf den Bereich der Humankapitalbildung.²⁵ Zwar kam es in einigen Ländern durchaus zu einem Abbau der absoluten Armut, der verhalten positive Prognosen für die Einhaltung der Millenniums-Ziele zulässt, die Armutsreduktion hat jedoch bisher nicht zu einem nennenswerten Abbau der eklatanten Ungleichheit geführt.²⁶

Erstaunlicherweise hat sich jedoch bisher weder die auf Lateinamerika bezogene Wohlfahrtsregimeforschung noch die post-transitologische Demokratisierungsforschung dieses politisch wie demokratietheoretisch brisanten Themas ernsthaft angenommen. Abschließend soll daher – zumindest ansatzweise – der Versuch unternommen werden, die Agenda der Wohlfahrtsregimeforschung in Lateinamerika stärker auf die zentrale Gretchenfrage der politischen Perpetuierungsmechanismen sozialer Ungleichheit zuzuspitzen. Dies bedeutet insbesondere herrschafts- wie machttheoretische Aspekte in die Wohlfahrtsforschung einzubringen, die bisher unterbelichtet blieben. Der Ansatz setzt sich deutlich von der derzeit – mit Hebammenwirkung der EU – forcierten Debatte über soziale Kohäsion ab, die unter Federführung der CEPAL neue Sozialverträge quasi am neo-institutionalistischen Reißbrett zu entwerfen sucht, ohne jedoch auf bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse einzugehen.²⁷ Hierzu erscheint es insbesondere sinnvoll, Fragestellungen der Wohlfahrtsregime- und Demokratisierungsforschung zusammenzuführen, die sich bisher nur sehr bedingt wechselseitig wahrgenommen haben (eine positive Ausnahme bilden Croissant u.a. 2004).

Exklusive Wohlfahrtsregime und Ausgleichsblockaden als vernachlässigte Gretchenfragen der Forschungsagenda

Innerhalb der „post-transitologischen“ Forschung besteht weitgehend Konsens darüber, dass die derzeitige Demokratisierungswelle dem Kontinent die längste demokratische Phase seiner Geschichte gebracht hat, gleichzeitig äußert man sich jedoch kritisch über die mangelnde Tiefe der *low intensity democracies* in der Region. Die postautoritären politischen Regime Lateinamerikas hätten sich – entgegen aller Befürchtungen der Transitologen und Konsolidierungsforscheren – als relativ stabil erwiesen, substanzielle Demokratisierungsprozesse im Sinne einer Entwicklung zur partizipativen Staatsbürgerschaftsdemokratie seien jedoch bisher ausgeblieben (PNUD 2004). Regierungswechsel fänden zwar regelmäßig über relativ freie und faire Wahlen statt, es mangle aber weiterhin an *accountability*, rechtsstaatlichen

Strukturen sowie Partizipationsmöglichkeiten für breite Teile der Bevölkerung.²⁸ Während nun die meisten Analysen niedrige Intensität und Stabilität der postautoritären Regime in einem Spannungsverhältnis sehen, gibt es nur wenige sozialwissenschaftliche Studien, die einen kausalen Zusammenhang postulieren (eine Ausnahme bildet Wolff 2008). So weisen etwa Daron Acemoglu und James A. Robinson (2006: 37) in ihren spieltheoretisch fundierten Arbeiten, die an das *Median-Voter*-Theorem anknüpfen, darauf hin, dass Demokratien in ihrem Bestand vor allem deshalb gefährdet seien, da sie eine inhärente Umverteilungstendenz aufwiesen. Mit der Umverteilung politischer Rechte durch die Ausdehnung des Wahlrechts sei immer auch eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen verbunden. Extrem ungleiche Gesellschaften seien deshalb höchst coupfanfällig, da Eliten in Demokratisierungsprozessen viel zu verlieren hätten, was u. a. die häufigen autoritären Rückfälle in Lateinamerika erkläre. Auch wenn man die mangelnde Komplexität des Modells durchaus kritisieren kann, scheint doch die These der beiden Autoren schlüssig, die Erklärung für die unerwartete Stabilität der postautoritären Regime in der niedrigen Intensität demokratischer Prozesse und Institutionen zu suchen. Diese *low intensity democracies* sind gerade deshalb so stabil, weil sie grundlegende Herrschaftsstrukturen unangetastet lassen und wesentliche Verteilungsstrukturen sowie privilegierte Gruppen nicht ernsthaft gefährden.

Neben den spieltheoretisch inspirierten Arbeiten von Acemoglu & Robinson (2000, 2006, 2008) haben sich auch eine Reihe von historischen Studien mit der Ungleichheitsfrage beschäftigt und ähnliche Ergebnisse generiert. Zwar wird derzeit heftig darüber gestritten, ob die bestehenden Verteilungsstrukturen eine Erblast der Kolonialzeit seien (Acemoglu & Robinson 2006; Engerman & Sokoloff 1997, 2006) oder eher ein Produkt des postkolonialen Staatsbildungsprozesses im 19. Jahrhundert (Coatsworth 2005, 2008; Prados de la Escosura 2007). Beide Lager sind sich jedoch einig, dass das oligarchische Kräftegleichgewicht, das begrenzte Elitenkoordination bei gleichzeitigem Ausschluss der großen Bevölkerungsmehrheit via vertikaler politischer Integration ermöglichte, auch im 20. Jahrhundert eine erstaunliche Reproduktionsfähigkeit bewies. Trotz aller institutionellen Veränderungen und des wachsenden Demokratisierungsdrucks, so der Tenor dieser Studien, habe sich das ursprüngliche politische Gleichgewicht in der Region im Wesentlichen erhalten.²⁹ Robinson bringt dies auf den Punkt:

„Diese Perspektive betont weniger das Fortbestehen spezifischer Institutionen als vielmehr die Persistenz eines grundlegenden politischen Gleichgewichts, das bestimmte Strategien der Einkommensverteilung und sozialen Kontrolle bedingt (...) auch wenn bestehende Eliten zerstört und politische

wie ökonomische Institutionen sich wandeln, können so zugrunde liegende Strukturen und Anreize, die das vorausgehende Gleichgewicht generierten, weiter existieren“ (Robinson 2008: 183-186).

Die Vorstellung des sich reproduzierenden „Exklusionsgleichgewichts“ erfreut sich zwar derzeit in einem kleinen Kreis der Lateinamerikaforschung wachsender Beliebtheit, sie ist jedoch bisher weder beim *mainstream* der post-transitologischen Demokratisierungsforschung (vgl. z.B. Munck 2007) noch auf der Agenda der Wohlfahrtsregimeforschung angekommen. Beide Forschungszweige würden jedoch erheblich davon profitieren, wenn sie sich verstärkt mit der Analyse der politischen Reproduktionsfaktoren der eklatanten sozialen Ungleichheit in der Region beschäftigen.

Lateinamerikas Wohlfahrtsregime unter wachsendem Umverteilungsdruck: Einige Vorschläge zur Neuausrichtung der Forschungsagenda

Entgegen eher depressiver Einschätzungen der Bestandskraft des *Latin American equilibrium* (Robinson 2008) sprechen einige Hinweise dafür, dass der (arme) Durchschnittswähler zumindest in einigen der *low intensity democracies* derzeit an Gewicht gewinnt (Zucco 2008; Hunter & Power 2007). Gerade angesichts des jüngsten Linksrucks innerhalb der Region³⁰ stellt sich daher die Frage, ob, und wenn ja, in welcher Hinsicht sich die Rahmenbedingungen für die politische Reproduktion sozialer Ungleichheit zu Beginn des 21. Jahrhundert verändert haben. Welche sozialpolitischen Reformvorschläge zur Reduzierung von Einkommensungleichheit und zur Verbesserung der Zugangsgerechtigkeit werden von linken Regierungen derzeit entwickelt? Wie steht es um die Umsetzungschancen dieser Reformprogramme? Gibt es institutionell abgesicherte Blockaden, die eine Umgestaltung der exklusiven Wohlfahrtsregime trotz wachsenden Demokratisierungsdrucks nach wie vor erschweren?

Von wenigen Ausnahmen abgesehen³¹ hat sich die Forschung zu sozialpolitischen Reformen linker Regierungen bisher auf quantitative Analysen der Sozialausgaben konzentriert. Diese Studien zeigen, dass progressive Regierungen – sowohl gemessen am BIP wie auch am gesamten öffentlichen Budget – die Sozialausgaben nicht erhöhen, jedoch die Prioritäten hauptsächlich im Bereich der Humankapitalbildung (Bildung und Gesundheit) setzen, weniger in den stark regressiv wirkenden Sozialversicherungssystemen.³² Hierzu ist jedoch anzumerken, dass zentrale statistische Kennzahlen wie etwa der Gini-Index bzw. die Bruttosozialleistungsquoten (kritisch hierzu Kemmerling 2001), die in der Regel als Vergleichsindikatoren herangezogen

werden, nur einen begrenzten Aussagewert besitzen. Gerade bei Sozialpolitiken handelt es sich um *slow-moving processes* mit *slow-moving outcomes* (Pierson 2003: 189-191), d.h. um Prozesse mit langen Zeithorizonten, die sich erst mit großer zeitlicher Verzögerung in den relevanten Kennziffern abbilden.

Will man die politischen Reproduktionsprozesse sozialer Ungleichheit im Rahmen lateinamerikanischer Wohlfahrtsregime systematisch untersuchen, so bedarf es eines detaillierten Blicks auf die komplexen Mechanismen der gegenwärtigen Verteilungskämpfe, insbesondere auf die Frage der (Neu-) Definition von Verteilungsregeln. Setzen quantitative Studien aus Gründen der Vergleich- und Messbarkeit Ungleichheit im Wesentlichen mit Einkommensungleichheit gleich, benötigt man einen komplexeren Ungleichheitsbegriff, der soziale Ungleichheit insbesondere als blockierte bzw. negierte soziale Teilhabe auffasst. Nach Kreckel (2004: 20) liegt sozial strukturierte Verteilungsungleichheit immer dann vor, wenn „die Möglichkeiten des Zugangs zu allgemein verfügbaren oder erstrebenswerten sozialen Gütern in dauerhafter Weise eingeschränkt sind und dadurch die Lebenschancen der betroffenen Individuen, Gruppen oder Gesellschaften beeinträchtigt bzw. begünstigt werden.“

Da die große Mehrzahl lateinamerikanischer Regimeübergänge auf Elitenpakten gründet, d.h. auf expliziten, wenn auch nicht immer öffentlich artikulierten Übereinkünften bezüglich der Wettbewerbsregeln der postautoritären politischen Systeme „auf der Basis wechselseitiger Garantien für die ‘vitalen Interessen’ der Beteiligten“ (Karl & Schmitter 1991: 281), ist davon auszugehen, dass diese Bündnisse explizite, institutionelle Mechanismen zum Schutz gegen Enteignungen und Mechanismen des sozialen Ausgleichs enthielten. Transitologen haben zwar wiederholt auf die wettbewerbsverzerrenden Wirkungen von Elitepakten hingewiesen, institutionelle Umverteilungsblockaden wurden bisher jedoch nicht systematisch untersucht (Menaldo 2008). Will man der zentralen Frage auf den Grund gehen, weshalb sich in Lateinamerika verstärkte politische Teilhabe bisher nicht in verbesserte soziale Teilhabe überführen ließ, so lohnt es sich für Wohlfahrtsregimeforscher wie Transitologen gleichermaßen, diese institutionell abgesicherten Blockaden sowie zentrale Vetopunkte im parlamentarischen Entscheidungsprozess stärker in den Blick zu nehmen.

Beide Stränge der Forschung könnten daher davon profitieren, wenn sie sich in Zukunft stärker auf die Frage der blockierten sozialen Teilhabe konzentrierten, bzw. positiv gewendet, auf die Analyse sozialpolitischer Reformen, die sich nicht lediglich auf Armutsbeschränkung reduzieren, sondern explizit auf die Herstellung von größerer Zugangsgerechtigkeit

gerichtet sind (einen positiven Ansatz im Bereich der Gesundheits- und Bildungsreformen bieten Kaufman & Nelson 2004). Hierzu bedarf es insbesondere detaillierter Fallstudien von Sozialreformpaketen, die, ausgehend von einem breiten Verständnis von Sozialpolitik, welches neben klassischen *policies* wie Sozialversicherung und Sozialfürsorge auch Maßnahmen zur Humankapitalbildung (Bildungs- und Gesundheitsbereich) sowie die Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik einbezieht, die Tiefenstrukturen der derzeitigen Verteilungskonflikte aufdecken. Hierbei gilt es systematisch den Einfluss umverteilungsrelevanter struktureller Faktoren (Genese der Staatsentwicklung, Autonomie sowie Zentralisierung staatlicher Herrschaft unter besonderer Beachtung des Extraktionsmonopols) sowie institutioneller Settings (Art des Wahlrechts, Machtdiffusion, Vetopunkte im Verhältnis Legislative und Exekutive) in die Analyse einzubeziehen.

Anmerkungen

- 1 Der Begriff der De-Kommodifizierung geht auf Polanyi (1944) zurück und bezeichnet das soziale Recht auf ein angemessenes Einkommen unabhängig vom Marktwert der Arbeitskraft.
- 2 Wohlfahrtsregime ist im Gegensatz zum Wohlfahrtsstaat der weitere Begriff, der alle Institutionen und Praktiken umfassen soll, mittels derer Ressourcen verteilt werden. Dies schließt öffentliche Politiken ein, jedoch auch den breiten informellen Sektor der Fürsorge durch Familie oder soziale Gemeinschaften, vgl. Gough & Wood 2006: 1698.
- 3 Haggard & Kaufman 2008: 1; Seekings 2008: 23; Segura-Ubiergo 2007: 3
- 4 Zum Forschungsstand vgl. Esping-Andersen 1996; Gough & Wood 2004, 2006; Graham 1994, 1998; Haggard & Kaufman 2008, insb. Appendix 1, S. 365-369; Huber 2002; Kapstein & Milanovic 2002 und Rudra 2007.
- 5 Einschränkung sei bereits an dieser Stelle anzumerken, dass die Qualität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, insbesondere deren Umverteilungswirkung natürlich nicht alleine an der Höhe der Ausgaben gemessen werden kann, wie Esping-Andersen (1993: 106f.) zu Recht anmerkte, und Daten erheblich variieren je nachdem, ob man die Brutto- oder Netto-sozialleistungsquote zugrunde legt; kritisch hierzu Kemmerling 2001.
- 6 Vgl. Haggard & Kaufman 2008; Huber 1996: 144; Segura-Ubiergo 2007: 34-37; Wibbels & Ahlquist 2007.
- 7 Unter Legaten sollen hier historisch langfristig wirkende, strukturell tief verankerte Präfigurationen im Sinne einer epochenübergreifenden *longue durée* verstanden werden; vgl. Braudel 1972.
- 8 Zu Staatsbildungsprozessen in Europa vgl. Elias 1997: Bd. 2; Ertmann 1997; Knöbl & Schmidt 2000; Reinhard 2002; zu Staatsbildungsprozessen im postkolonialen Kontext Köbler 1994; Schlichte 2005, zu Lateinamerika insb. Centeno 2002; López-Alves 2000.
- 9 Haggard & Kaufman 2008; Pribble 2008; Teichman 2008
- 10 ECLAC 2008; Lindert u.a. 2006; Valencia 2008
- 11 Vgl. Gough & Wood 2004, 2006; Marcel & Rivera 2008; Martínez 2008; Rudra 2007.
- 12 Edwards u.a. 2007; Milanovic & Muñoz 2008: 16; World Bank 2006
- 13 Vgl. Barrientos 2004; Espina 2008; Filgueira 2007; Kaufman & Nelson 2004; Marcel & Rivera 2008; Martínez 2008; Mesa-Lago 2008; Riesco 2007; Segura-Ubiergo 2007; Weyland 2006.

- 14 Gerade in den hochgradig informellen Systemen in den Ländern des Südens hängt die soziale Absicherung weniger von aktiver öffentlicher Sozialpolitik, denn von Familienbeziehungen und weiblicher, unbezahlter Arbeit ab. Hier bedarf es einer eingehenderen Analyse des Wechselverhältnisses zwischen Sozialstrukturen und öffentlicher Sozialpolitik.
- 15 De Ferranti u.a. 2004; Machinea & Hopenhayn 2005; Morley 2001
- 16 Vgl. Huber 1996; Mesa-Lago 1978; Milanovic & Muñoz 2008: 34-35; Segura-Ubiergo 2007: Kap. 2.
- 17 In Europa liegen die verfügbaren Einkommen ca. 15 % über den Markteinkommen, zwei Drittel der Umverteilungswirkungen lassen sich auf Transferleistungen zurückführen (Goñi u.a. 2008: 6-8). Allerdings nahmen in letzter Zeit aufgrund der strukturellen Abhängigkeit der Staaten von den Kapitalmärkten (Przeworski & Wallerstein 1988; Wallerstein & Przeworski 1995) marktgenerierte Einkommensungleichheiten zu (Beramendi & Cusack 2008), sie werden jedoch nach wie vor durch Steuern und Transferleistungen wesentlich abgefedert.
- 18 Im Zuge neoliberaler Strukturreformen fiel zwischen 1985 und 2004 der durchschnittliche Steuersatz auf Einkommen von 49,5 % auf 30 %; der Körperschaftssteuersatz sank von 43,9 % auf 26,6 %; vgl. Goñi u.a. 2008.
- 19 Zur Unterbesteuerung vgl. Cetrángolo & Gómez-Sabaini 2007; Goñi u.a. 2008; Sokoloff & Zolt 2007.
- 20 Vgl. ECLAC 2008, Goñi u.a. 2008; Lindert u.a. 2006; Lopez & Perry 2008; zu den negativen Auswirkungen der Reformen in diesem Sektor vgl. Arza 2008; Mesa-Lago 2008.
- 21 Vgl. ECLAC 2008; Lindert u.a. 2006; Lopez & Perry 2008; ferner Valencia 2008.
- 22 Vgl. Huber u.a. 2009; ECLAC 2008: Kapitel 3; zu den grundlegenden Unterschieden zwischen Asien und Lateinamerika hinsichtlich der Priorität der Bildungspolitik vgl. zudem Morley 2001 sowie Haggard & Kaufman 2008: 35-45; 141-142.
- 23 Vgl. Meltzer & Richard 1981; auch Moene & Wallerstein 2001; Romer 1975; Roberts 1977.
- 24 Vgl. Acemoglu & Robinson 2000, 2006; Boix 2003; Hicks 1999; Rueschemeyer u.a. 1992.
- 25 Avelino u.a. 2005; Huber u.a. 2008; Segura-Ubiergo 2007
- 26 Milanovic & Muñoz 2008; ECLAC 2008; Lopez & Perry 2008
- 27 Vgl. insbesondere ECLAC 2007; Machinea & Serra 2008; Tironi 2008, kritischer Sorj & Martucelli 2008.
- 28 Eine Zusammenfassung und Diskussion der relevanten Literatur findet sich bei Wolff 2008: 15-20)
- 29 Vgl. Acemoglu & Robinson 2008; Coatsworth 2005, 2008; Engerman & Sokoloff 1997, 2006; Przeworski & Curvale 2008; Robinson 2008.
- 30 Arditi 2008; Castañeda 2006; Levitsky & Roberts i.E.; inzwischen werden folgende Länder von linken bzw. progressiven Präsidenten regiert: Argentinien (seit 2003), Brasilien (seit 2003), Bolivien (seit 2006), Chile (seit 2000), Ecuador (seit 2007), El Salvador (seit 2009), Guatemala (seit 2008), Nicaragua (seit 2007), Paraguay (seit 2008), Uruguay (seit 2005) und Venezuela (seit 1999).
- 31 Vgl. Castiglione 2005; Kaufman & Nelson 2004; Pribble 2008; Segura-Ubiergo 2007; Teichman 2008.
- 32 Vgl. Huber u.a. 2006; Huber u.a. 2008, 2009, i.E.; Segura-Ubiergo 2007.

Literatur

Acemoglu, Daron, & James Robinson (2000): „Why did the West extend the Franchise? Democracy, Inequality, and Growth in Historical Perspective“. In: *The Quarterly Journal of Economic*, Bd. 115, S. 1167-1199.

- Acemoglu, Daron, & James Robinson (2006): *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*. Cambridge u.a..
- Acemoglu, Daron, & James A. Robinson (2008): „Persistence of Power, Elites, and Institutions“. In: *American Economic Review*, Bd. 98, Nr. 1, S. 267-293.
- Arditi, Benjamin (2008): „Arguments about the Left Turn in Latin America. A Post-Liberal Politics?“. In: *Latin American Research Review*, Bd. 43, Nr. 3, S. 59-81.
- Arza, Camila (2008): „Pension Reform in Latin America: Distributional Principles, Inequalities and Alternative Policy Options“. In: *Journal of Latin American Studies*, Bd. 40, S. 1-28.
- Avelino, George; David Brown & Wendy Hunter (2005): „Effects of Capital Mobility, Trade Openness and Democracy on Social Spending in Latin America 1980-1999“. In: *American Journal of Political Science*, Bd. 49, Nr. 3, S. 625-641.
- Barrientos, Armando (2004): „Latin America: towards a Liberal-Informal Welfare Regime“. In: Gough & Wood 2004, S. 121-168.
- Beramendi, Pablo, & Thomas Cusack (2008): „Economic Institutions, Partisanship and Inequality“. In: Anderson, Christopher, & Pablo Beramendi (Hg.): *Democracy, Inequality, and Representation*. New York, S. 189-168.
- Betz, Joachim, & Wolfgang Hein (Hrsg.) (2004): *Neues Jahrbuch Dritte Welt: Soziale Sicherung in Entwicklungsländern*. Opladen.
- Boix, Carles (2003): *Democracy and Redistribution*. Cambridge.
- Bowles, Samuel; Steven Durlauf & Karla Hoff (Hg.) (2006): *Poverty Traps*. Princeton & Oxford.
- Braudel, Fernand (1972): „Geschichte und Sozialwissenschaften – die ‘longue durée’“. In: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): *Geschichte und Soziologie*. Köln, S. 189-215.
- Bräutigam, Deborah; Odd-Helge Fjelstad & Mick Moore (Hg.) (2008): *Taxation and State Building in Developing Countries. Capacity and Consent*. Cambridge.
- Castañeda, Jorge (2006): „Latin America’s Left Turn“. In: *Foreign Affairs*, Bd. 85, Nr. 3, S. 28-43.
- Centeno, Miguel Angel 2002: *Blood and Debt. War and the Nation-State in Latin America*. Pennsylvania.
- Cetrángolo, Oscar, & Juan Carlos Gómez-Sabaini (2007): *La tributación directa en América Latina y los desafíos a la imposición sobre la renta*. Santiago de Chile.
- Coatsworth, John (2005): „Structures, Endowments, and Institutions in the Economic History of Latin America“. In: *Latin American Research Review* Bd. 40, Nr. 3, S. 126-144.
- Coatsworth, John (2008): „Inequality, Institutions and Economic Growth in Latin America“. In: *Journal of Latin American Studies*, Bd. 40, S. 545-569.
- Croissant, Aurel; Gero Erdmann & Friedbert Rüb, (2004): *Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien*. Wiesbaden.
- De Ferranti, David; Guillermo Perry; Francisco Ferreira & Michael Walton, (2004): *Inequality in Latin America and the Caribbean: Breaking with History?* Washington D.C.
- ECLAC (2005): *Social Panorama of Latin America 2005*. Santiago de Chile.
- ECLAC (2007): *Social Cohesion. Inclusion and a Sense of Belonging in Latin America and the Caribbean*. Santiago de Chile, LC/G. 2335.
- ECLAC (2008): *Social Panorama of Latin America 2007*. Santiago de Chile.
- Edwards, Sebastián; Gerardo Esquivel & Graciela Márquez (Hg.) (2007): *The Decline of Latin American Economies: Growth, Institutions and Crisis*. Chicago.
- Elias, Norbert (1997): *Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. 2 Bde., Frankfurt a.M.
- Engerman, Stanley, & Kenneth Sokoloff (1997): „Factor Endowments, Institutions, and Differential Paths of Growth among New World Economies: A View from Economic Historians in the United States“. In: Haber, Stephen (Hg.): *How Latin America fell behind. Essays on the Economic histories of Brazil and Mexico, 1800-1914*. Stanford, S. 260-304.

- Engerman, Stanley, & Kenneth Sokoloff (2006): „The Persistence of Poverty in the Americas: The Role of Institutions“. In: Bowles u.a. 2006, S. 43-78.
- Ertmann, Thomas (1997): *The Birth of the Leviathan. Building States and Regimes in Medieval and Early Modern Europe*. Cambridge.
- Espina, Alvaro (2008): *Modernization, estadios de desarrollo económico y regimenes de bienestar en América Latina*. Madrid.
- Esping-Andersen, Gosta (1993) [reprint]: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton.
- Esping-Andersen, Gosta (Hg.) (1996): *Welfare States in Transition: National Adaptations in Global Economies*. London u.a.
- Evans, Peter (1995): *Embedded Autonomy. States and Industrial Transformation*. Princeton.
- Faust, Jörg (2006): „Herrschaft, Transformation und Entwicklung in Lateinamerika“. In: Bowles u.a. 2006, S. 417-437.
- Filgueira, Fernando (2007): „Latin American Social States: Critical Junctures and Critical Choices“. In: Bangura, Yusuf (Hg.): *Democracy and Social Policy*. Basingstoke, S. 136-163.
- Finer, Samuel (1997): *The History of Government*. m. Bde., Oxford.
- Fukuyama, Francis (2008): *Falling Behind: Explaining the Development Gap between the United States*. Oxford.
- Goñi, Edwin; Humberto López & Luis Servén (2008): *Fiscal Redistribution and Income Inequality in Latin America*. The World Bank Development Research Group. Macroeconomics and Growth Team. Policy Research Paper 4487.
- Gough, Ian, & Geof Wood, (2006): „A Comparative Welfare Regime Approach to Global Social Policy“. In: *World Politics*, Bd. 34, Nr. 10, S. 1696-1712.
- Gough, Ian, & Geof Wood, (Hg.) (2004): *Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa, and Latin America: Social Policy in Developmental Contexts*. London.
- Graham, Carol (1994): *Safety Nets, Politics and the Poor: Transition to Market Economies*. Washinton D.C.
- Graham, Carol (1998): *Private Markets for Public Goods: Raising the Stakes in Economic Reform*. Washington D.C.
- Haggard, Stephen, & Robert Kaufman (2008): *Development, Democracy, and Welfare States. Latin America, East Asia, and Eastern Europe*. Princeton & Oxford.
- Hicks, Alexander (1999): *Social Democracy and Welfare Capitalism: A Century of Income Security Policies*. Ithaca.
- Huber, Evelyne (1996): „Options for Social Policy in Latin America: Neoliberal versus Social Democratic Models“. In: Esping-Andersen (1996), S. 141-191.
- Huber, Evelyne (Hg.) (2002): *Models of Capitalism. Lessons for Latin America*. University Park.
- Huber, Evelyne; Thomas Mustillo & John D. Stephens (2008): „Politics and Social Spending in Latin America“. In: *Journal of Politics*, Bd. 70, Nr. 2, S. 420-436.
- Huber, Evelyne; Jennifer Pribble; François Nielsen & John D. Stephens (2006): „Politics and Inequality in Latin America and the Caribbean“. In: *American Sociological Review*, Bd. 71, S. 943-963.
- Huber, Evelyne; Jennifer Pribble & John D. Stephens (2009): „The Politics of Effective and Sustainable Redistribution“. In: Estache, Antonio, & Danny Leipziger (Hg.): *Stuck in the Middle. Is Fiscal Policy Failing the Middle Class?*·Washington D.C., S. 155-188.
- Huber, Evelyne; Jennifer Pribble, & John D. Stephens (i.E.): „Politics and Poverty in Latin America“. In: *Comparative Politics*.
- Hunter, Wendy, & Timothy Power (2007): „Rewarding Lula. Executive Power, Social Policy, and the Brazilian Elections of 2006“. In: *Latin American Politics and Society*, Bd. 49, S. 1-30.
- Jäger, Johannes; Gerhard Melinz & Susan Zimmermann (Hg.) (2000): *Historische Sozialkunde/Internationale Politik*, Nr. 19: „Sozialpolitik in der Peripherie“.

- Kapstein, Ethan, & Branko Milanovic (Hg.) (2002): *When Markets fail: Social Policy and Economic Reform*. New York.
- Karl, Terry Lynn (2003): „The Vicious Cycle of Inequality in Latin America“. In: Eckstein, Susan Eva & Timothy P. Wickham-Crowley (Hg.): *What Justice? Whose Justice? Fighting for Fairness in Latin America*. Berkeley u.a., S. 133-157.
- Karl, Terry, & Philippe Schmitter (1991): „Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe“. In: *International Social Science Journal*, Bd. 43, Nr. 1, S. 269-284.
- Kaufman, Robert, & Joan Nelson (Hg.) (2004): *Crucial Needs, Weak Incentives. Social Sector Reform, Democratization, and Globalization in Latin America*. Washington D.C. u.a.
- Kemmerling, Achim (2001): *Die Messung des Sozialstaates. Beschäftigungspolitische Unterschiede zwischen Brutto- und Nettosozialleistungsquote*. WZB Diskussionspapier FS I 01-201.
- Knöbl, Wolfgang, & Gunnar Schmidt, (Hg.) 2000: *Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne*. Frankfurt a.M.
- Köbler, Reinhart (1994): *Postkoloniale Staaten. Elemente eines Bezugsrahmens*. Hamburg.
- Kreckel, Reinhard (2004): *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt a.M.
- Levitsky, Steven, & Kenneth M. Roberts (Hg.): *Latin America's 'Left Turn': Political Diversity and the Search for Alternatives*. i.E.
- Lieberman, Evan (2003): *Race and Regionalism in the Politics of Taxation in Brazil and South Africa*. Cambridge.
- Lindert, Kathy; Emmanuel Skoufias & Joseph Shapiro (2006): *Redistributing Income to the Poor and the Rich: Public Transfers in Latin America and the Caribbean*. Washington D.C., http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2006/08/23/000090341_20060823110842/Rendered/PDF/369661RedistributingIncome0SP00605.pdf, letzter Aufruf: 29. 1. 2009.
- Lopez, Humberto, & Guillermo Perry (2008): *Inequality in Latin America: Determinants and Consequences*. World Bank Policy Research Paper, Nr. 4504.
- López-Alves, Fernando (2000): *State Formation and Democracy in Latin America, 1810-1900*. Durham & London.
- Lora, Eduardo (2008): „El futuro de los pactos fiscales en América Latina“. In: Machinea & Serra 2008, S. 97-137.
- Machinea, José Luis, & Martín Hopenhayn (2005): *La esquivo equidad en el desarrollo latinoamericano. Una visión estructural, una aproximación multifacético*. Santiago de Chile.
- Machinea, José Luis, & Narcís Serra (Hg.) (2008): *Hacia un nuevo pacto social. Políticas económicas para un desarrollo integral en América Latina*. Santiago & Barcelona.
- Marcel, Mario, & Elizabeth Rivera (2008): „Regímenes de bienestar en América Latina“. In: Tironi, Eugenio (Hg.): *Redes, estado y mercados. Soportes de la cohesión social latinoamericana*. Santiago de Chile, S. 151-224.
- Marshall, Thomas S. (1977): *Class, Citizenship and Social Development*. Chicago.
- Martínez Franzoni, Juliana (2008): „Welfare Regimes in Latin America: Capturing Constellations on Markets, Families and Policies“. In: *Latin American Politics and Society*, Bd. 50, Nr. 2, S. 67-100.
- Meltzer, Allan, & Scott Richard (1981): „A Rational Theory of the Size of Government“. In: *Journal of Political Economy*, Bd. 89, Nr 5, S. 914-927.
- Menaldo, Victor (2008): *Banking on Redistribution. Financial Institutions and Fiscal Redistribution in Latin American Democracies*. Unpublished paper, Stanford University, <http://www.allacademic.com>, letzter Aufruf: 22. 1. 2009.
- Mesa-Lago, Carmelo (1978): *Social Security in Latin America: Pressure Groups, Stratification and Inequality*. Pittsburgh.
- Mesa-Lago, Carmelo (2008): *Reassembling Social Security. A Survey of Pensions and Health Care Reforms in Latin America*. Oxford & New York.

- Milanovic, Branco, & Rafael Muñoz de Bustillo (2008): „La Desigualdad en la distribución de la renta en América Latina: Situación, evolución y factores explicativos. Income inequality in Latin America: situation, evolution and explicative factors“. In: *América Latina Hoy*, Bd. 48, S. 15-42.
- Moene, Karl Ove, & Michael Wallerstein (2001): „Inequality, Social Insurance, and Redistribution“. In: *American Political Science Review*, Bd. 95, Nr. 4, S. 859-874.
- Morley, Samuel (2001): *The Income Distribution Problem in Latin America*. Santiago de Chile.
- Munck, Gerardo (Hg.) (2007): *Regimes and Democracy in Latin America: Theories and Methods*. Oxford u.a.
- Muno, Wolfgang (2005): *Reformpolitik in jungen Demokratien. Vetospieler, Politikblockaden und Reformkoalitionen in Argentinien, Uruguay und Thailand*. Wiesbaden.
- Pierson, Paul (2003): „Big, Slow-Moving, and ... Invisible. Macrosocial processes in the Study of Comparative Politics“. In: Mahoney, James, & Dietrich Rueschemeyer (Hg.): *Comparative Historical Analysis in the Social Sciences*. Cambridge, S. 177-207.
- PNUD (Programa para el Desarrollo de las Naciones Unidas) (2004): *La democracia en América Latina. Hacia una democracia de ciudadanas y ciudadanos*. 3 Bde., Buenos Aires.
- Polanyi, Karl (1944): *The Great Transformation*. New York u.a.
- Prados de la Escosura (2007): „Inequality and Poverty in Latin America: A Long-Run Exploration“. In: Hatton, Timothy; Kevin O'Rourke; Alan Taylor (Hg.): *The New Comparative Economic History. Essays in Honor of Jeffrey G. Williamson*. Cambridge Mas. & London, S. 291-315.
- Pribble, Jennifer (2008): *Protecting the Poor: Welfare Politics in Latin America's Free Market Era*. Ph.D. Dissertation, University of North Carolina at Chapel Hill.
- Przeworski, Adam, & Carolina Curvale (2008): „Does Politics explain the Economic Gap between the United States and Latin America?“ In: Fukuyama 2008, S. 99-133.
- Przeworski, Adam; Michael Wallerstein (1988): „The Structural Dependence of the State on Capital“. In: *American Political Science Review* Bd. 82, Nr. 1, S. 11-29.
- Reinhard, Wolfgang (2002): *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*. 3. Aufl., München.
- Riesco, Manuel (Hg.) (2007): *Latin America: a New Developmental Welfare State Model in the making?* Houndmills u.a.
- Roberts, Kevin (1977): „Voting over Income Tax Schedules“. In: *Journal of Public Economics*, Bd. 8, S. 329-347.
- Robinson, James A. (2008): „The Latin American Equilibrium“. In: Fukuyama 2008, S. 161-193.
- Romer, Thomas (1975): „Individual Welfare, Majority Voting, and the Properties of a Linear Income Tax“. In: *Journal of Public Economics*, Bd. 4, S. 163-185.
- Rosanvallon, Pierre (2004): „Las dimensiones social y nacional de la democracia: Hacia un marco de comprensión ampliada“. In: PNUD 2004, S. 193-198.
- Rudra, Nitra (2007): „Welfare States in Developing Countries: Unique or Universal?“. In: *Journal of Politics*, Bd. 69, Nr. 2, S. 378-396.
- Rueschemeyer, Dietrich; Evelyn Huber & John Stephens (1992): *Capitalist Development and Democracy*. Chicago.
- Scharpf, Fritz (2000): „The Viability of Advanced Welfare States in the International Economy: Vulnerabilities and Options“. In: *Journal of European Public Policy*, Bd. 7, Nr. 2, S. 190-228.
- Schlichte, Klaus (2005): *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika*. Frankfurt a.M. & New York.
- Schmidt, Manfred (Hg.) (2001): *Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil*. Opladen.

- Seekings, Jeremy (2008): „Welfare Regimes and Redistribution in the South“. In: Shapiro, Ian; Peter A. Swenson, & Daniela Donno (Hg.): *Divide and Deal. The Politics of Distribution in Democracies*. New York & London, S. 19-42.
- Segura-Ubierno, Alex (2007): *The Political Economy of the Welfare State in Latin America*. Cambridge u.a.
- Sokoloff, Kenneth, & Eric Zolt (2007): „Inequality and the Evolution of Institutions of Taxation. Evidence from the Americas“. In: Edwards u.a. 2007, S. 83-136.
- Sorj, Bernardo, & Danilo Martuccelli (2008): *El desafío latinoamericano. Cohesión social y democracia*. São Paulo.
- Teichman, Judith (2008): „Redistributive Conflict and Social Policy in Latin America“. In: *World Development*, Bd. 36, Nr. 3, S. 446-460.
- Tironi, Eugenio (Hg.) (2008): *Redes, estado y mercados. Soportes de la cohesión social latinoamericana*. Santiago de Chile.
- Valencia Lomelí, Enrique (2008): „Conditional Cash Transfers as Social Policy in Latin America. An Assessment of their contributions and limitations“. In: *Annual Review of Sociology* Bd. 34, S. 475-499.
- Wallerstein, Immanuel (1979): „Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Welt-systems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse“. In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Kapitalistische Weltökonomie: Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*. Frankfurt a.M., S. 31-67.
- Wallerstein, Michael, & Adam Przeworski (1995): „Capital Taxation with Open Borders“. In: *Review of International Political Economy* Bd. 2, S. 425-445.
- Weber, Max [1919]: „Politik als Beruf“. In: Mommsen, Wolfgang, & Wolfgang Schluchter (Hg.) (2005): *Max Weber Gesamtausgabe*. Bd. 17, Tübingen, S. 156-252.
- Weyland, Kurt (2006): *Bounded Rationality and Policy Diffusion. Social Sector Reform in Latin America*. Princeton & Oxford.
- Wibbels, Erik, & John Ahlquist (2007): *Development, Autarky, and Social Insurance*. Duke University, paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Chicago, <http://www.allacademic.com>, letzter Aufruf: 20. 3. 2009.
- Wolff, Jonas (2008): *Turbulente Stabilität. Die Demokratie in Südamerika diesseits ferner Ideale*. Baden-Baden.
- World Bank (2006): *Poverty Reduction and Growth. From Vicious to Virtuous Circles*. Washington D.C.
- Zucco, Cesar (2008): „The President’s ‘New’ Constituency: Lula and the Pragmatic Vote in Brazil’s 2006 Presidential Elections“. In: *Journal of Latin American Studies*, Bd. 40, S. 29-49.

Anschrift der Autorin:

Ingrid Wehr

ingrid.wehr@abi.uni-freiburg.de